



**Friends of
the Earth
Europe**



NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ERZIELEN

Ein gemeinsames Positionspapier von Umwelt-NROs zur
europäischen Regionalpolitik nach 2006



Mai 2004

Zusammenfassung

Diese Stellungnahme wurde von einer Koalition aus Umwelt-Nicht-Regierungs-Organisationen erstellt (BirdLife International, CCE Bankwatch Network, CEEWEB, Friends of the Earth Europe, Milieukontakt Oost-Europa und WWF). In diesem Papier wird der Standpunkt der Umwelt-NROs vertreten, daß nachhaltige Entwicklung zentral für EU Regionalpolitik sein sollte. Diese Stellungnahme richtet sich an die Entwicklung der neuen Verordnungen für Struktur- und Kohäsionsfonds in der Programmierungsperiode von 2007-2013. Es werden praktische Vorschläge gemacht, wie diese Fonds dazu dienen können, die Ziele der Europäischen Strategie für Nachhaltige Entwicklung¹ (SNE) umzusetzen.

Folgende Empfehlungen gelten für die Planung und Verhandlung von Regionalfonds-Programmen:

1. Die Hauptziele der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung müssen die Reform der Verordnung zu Struktur- und Kohäsionsfonds anweisen und gestalten.
2. Die Europäische Kommission sollte die Zielrichtung für die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung von Strukturfond-Plänen und -Programmen vorgeben.
3. Struktur- und Kohäsionsfonds müssen die Umwelt rechtlich verbindlich schützen und verbessern.
4. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten müssen sicherstellen, daß soziale und Umweltziele, die ein Teil von nachhaltiger Entwicklung sind, einen ausreichenden Anteil von Strukturfondsmitteln erhalten.

Bezüglich der Umsetzungsmodalitäten:

5. Das Management und Monitoring der Fonds muß transparent und nachprüfbar sein.
6. Umwelt-NGOs müssen gleichberechtigte Partner neben Wirtschafts- und Sozialpartnern sein.
7. Wirtschaftliche, Umwelt- und soziale Ziele und Indikatoren müssen von gleicher Bedeutung sein.
8. Wenn es starke Anzeichen gibt, daß ein Projekt der Umwelt schadet, müssen Gelder der Struktur- und Kohäsionsfonds zurückgehalten werden.

¹ A sustainable Europe for a better world: A European strategy for Sustainable Development, COM (2001) 264 Final.

I. Einleitung

1. Diese Koalition aus Umwelt-NROs – BirdLife International, CEE Bankwatch Network, CEEWEB, Friends of the Earth Europe, Milieukontakt Oost-Europa und WWF – , die ihre Partner in der EU-25 repräsentieren, haben viele Jahre Erfahrung in der Lobbyarbeit, Beratung, Monitoring und Umsetzung von Projekten durch Strukturfonds, Kohäsionfonds und Programme der Beitrittsvorbereitungen.
2. Unsere Absicht ist es, die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung ins Zentrum der Reform der EU-Regionalpolitik für den Zeitraum 2007-2013 und darüber hinaus zu stellen. Um das zu erreichen:
 - stellen wir **unsere Vision** von nachhaltiger Entwicklung in den europäischen Regionen dar
 - analysieren wir den **bestehenden Rahmen** für nachhaltige Regionalpolitik
 - schlagen wir **vier Schritte zum Erreichen von nachhaltiger Entwicklung** vor.
3. Diese vier Schritte bestehen aus der **Integration** von Umwelt und Nachhaltigkeit in alle Bereiche der EU-Regionalpolitik; der Schaffung von **Mehrwert** für den Umgang mit natürlichen Ressourcen, der Stärkung von **Partnerschaften** mit der Zivilgesellschaft und der **Evaluierung** des Fortschritts hinsichtlich der Ziele zur nachhaltigen Entwicklung.

II. Eine NRO-Vision von nachhaltiger Entwicklung für europäische Regionen

4. Die Produktions- und Konsummuster unserer Gesellschaft sind gegenwärtig nicht nachhaltig. Die Beweise dafür sind allgegenwärtig. Wir sind beispielsweise konfrontiert mit den Auswirkungen des Klimawandels, des Verlusts an Biodiversität, dem Anstieg globaler Migration in die reichsten Länder, aber auch mit einer zunehmenden Kluft in Wohlstand und sozialen Wohlergehen zwischen und innerhalb der europäischen Mitgliedsstaaten.
5. Die Regionalpolitik hat sich noch nicht an die Notwendigkeit zum Wandel angepaßt. Die Komplexität, räumliche Verteilung und der Zeithorizont der Probleme erfordern einen grundlegenden Wandel in unserem Verständnis von 'Entwicklung'. Umwelt-NROs glauben, daß das Ziel von Entwicklung die qualitative Verbesserung des Lebens der Menschen ist, mit wirtschaftlichem, sozialen und umweltbezogenem Fortschritt innerhalb der ökologischen Grenzen der Erde. Aus unserer Perspektive müssen die **Grundziele der EU-Strategie zur nachhaltigen Entwicklung in die Ziele der EU-Regionalpolitik einfließen und diese gestalten.**
6. Das Ziel von nachhaltiger Entwicklung kann nicht wirtschaftliches Wachstum per se sein. Wenn der Verbrauch an Ressourcen in Europa weiterhin ohne Einschränkungen wächst, mißbrauchen wir unsere natürlichen Ressourcen und stellen die Fähigkeit zukünftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu stillen, in Frage. **Das bedeutet, daß nachhaltiger Ressourcenverbrauch, dessen Grenzen zu jeder Zeit durch die ökologische Belastbarkeit des betroffenen Rohstoffs festgelegt sind, eine Vorbedingung zu langfristiger Entwicklung ist.**

7. Die Bedürfnisse der Menschen umfassen: Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit, Zugang zu einer intakten natürlichen Umwelt, eine positive regionale Identität und eine zur Rechenschaft verpflichtete und partizipative Regierungsweise und einiges mehr. EU-Regionalpolitik und ihre Instrumente, die Struktur- und Kohäsionsfonds, sollten den Regionen helfen, ihre Bedürfnisse möglichst fair zu stillen. Zur gleichen Zeit dürfen nachhaltige Produktions- und Verbrauchsmuster nicht reduziert und eliminiert werden, und ein umsichtiger Ansatz zum Schutz der Umwelt muß angewendet werden. Umwelt-NROs akzeptieren nicht, daß das Bruttosozialprodukt als einziger Indikator des Grades an sozialer und wirtschaftlicher Kohäsion innerhalb der EU verwandt wird.
8. Die neue Verordnung zu den Struktur- und Kohäsionsfonds muss gewährleisten, daß zukünftige Projekte den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie dienen. Wir fordern die Kommission dazu auf, die in diese Richtung weisenden Vorschläge des Dritten Berichts zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion² weiter zu priorisieren und auszuformulieren. Projekte sollten demnach:
 - die Umsetzung der EU Umweltgesetzgebung zu unterstützen
 - die Ziele des Kyoto-Protokolls zur Klimaveränderung zu unterstützen (durch Energieeffizienz und erneuerbare Energie)
 - die Entwicklung von Modellen zur Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschädigung zu unterstützen
 - die Entwicklung von umweltschonenden und nachhaltigen Transportmodellen fördern
 - die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie unterstützen
 - das Management von Natura 2000 Gebieten unterstützen³
9. Die unterzeichnenden NROs stellen fest, daß die europäische Kommission eine wichtige Rolle in den Verhandlungen über die Verordnung zu Struktur- und Kohäsionsfonds spielen muß. Die Kommission muß gewährleisten, daß die regionalen Bedürfnisse innerhalb des Rahmens der Nachhaltigkeitsstrategie erfüllt und daß dabei europäisches Umweltrecht streng befolgt wird. Darüber hinaus muß sich die Kommission ihrer Verantwortung in der Programmierung bewußt werden: Die Programme der Regionalfonds sollten auf vier Prinzipien basieren: Integration (siehe dazu Punkt 15-17), Mehrwert für nachhaltige Entwicklung (siehe 18-22), Partnerschaft (siehe 23-25) und Evaluierung (26-31).

III. Die EU-Rahmenbedingungen für nachhaltige Regionalpolitik

10. Nachhaltige Entwicklung wird von allen als wichtiges Prinzip anerkannt. Tatsächlich ist es dringend notwendig und erfordert institutionelle und finanzielle Zusagen. Wir alle müssen nach den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung agieren und Gelder verplanen. Dies wurde im Artikel 2 des Europäischen Vertrages, durch den Ministerrat 2001 in Göteborg und in der danach folgenden Europäischen Strategie für Nachhaltige Entwicklung (SNE) festgeschrieben und betont.
11. Die Finanzielle Vorausschau 2007-2013⁴ und der Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion beschreiben die mögliche Zukunft europäischer Regionalpolitik. Diese Zukunft ist aber ungewiß, da versucht wird, zwei sich

² Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion. COM (2004) 0107.

³ Ein Netz von geschützten Gebieten, das mehr als 15% der EU-Fläche einnimmt. Natura 2000 umfaßt Gebiete der EU Habitat und der EU Vogelschutzrichtlinie.

⁴ Finanzielle Vorausschau: Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen.....COM (2004) 101 final.

oftmals widersprechenden Prinzipien gerecht zu werden: Auf der einen Seite dem Streben nach Wachstum, wie es während des Ministerrates 2000 in Lissabon verabschiedet wurde – auf der anderen Seite die Strategie zur nachhaltigen Entwicklung, die Umweltdimension der Lissabon-Ziele. Wenn auch der Bericht zur Kohäsion einige Ideen vorstellt, wie ein Mehrwert für die nachhaltige Entwicklung erfolgen könnte, so dominieren doch die Betrachtungen zur Wettbewerbsfähigkeit und zur ökonomischen Nachhaltigkeit über die Umweltbelange.

12. Die Strategie zur nachhaltigen Entwicklung ergänzte die Lissabon-Ziele als Ergebnis von Göteborg. Diese Umweltdimension wurde also an die Vorschläge der Kommission zur Regionalpolitik angehängt. Die SNE identifiziert strategische Ziele zur Entkopplung von Umweltschädigung und Ressourcennutzung mit ökonomischer und sozialer Entwicklung. Eines dieser durch den Ministerrat in Göteborg festgelegten Ziele ist 'Habitate und Natursysteme zu schützen und wiederherzustellen und die Zerstörung von Biodiversität bis 2010 zu stoppen'.
13. Der Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ist die Integration. **Artikel 6** des Europäischen Vertrages, der **Cardiff-Prozeß** und das **Sechste Umwelt-Aktionsprogramm** (6UAP) betonen die Notwendigkeit der Integration von Umwelt in andere Politikbereiche. Das 6UAP regt Reformen und die schrittweise Abschaffung von Unterstützungszahlungen an, wenn sie die Umwelt schädigen und nicht mit den Zielen von nachhaltiger Entwicklung zu vereinbaren sind. **Daher müssen die Ziele der europäischen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung nicht nur an die EU Regionalpolitik angehängt, sondern ihr ganz integraler Bestandteil sein.**

IV. Vier Schritte zur Verwirklichung von nachhaltiger Entwicklung

14. Wir glauben, daß EU Regionalpolitik in vier Schritten zur Verwirklichung der SNE Ziele führt. Die ersten beiden Schritte (Integration und Mehrwert für nachhaltige Entwicklung) stellen programmatische Veränderungen dar. Der dritte und vierte Schritt (Partnerschaftsprinzip und Evaluierung) konzentrieren sich auf notwendige Mechanismen, um die programmatischen Vorschläge umzusetzen.

Schritt 1: Integration

15. **Struktur- und Kohäsionsfonds müssen vollständig mit der EU Umweltgesetzgebung übereinstimmen und die Ziele der europäischen SNE verwirklichen.** Dies ist in Anbetracht der großen räumlichen und zeitlichen Auswirkungen dieser EU Fonds besonders bedeutsam. Eine Konzentration auf die Durchsetzung dieser Prinzipien in der Planung, Programmierung und dem Monitoring solcher Programme wie auch der Durchführung von Projekten ist notwendig. Gleichzeitig erwarten Umwelt NROs von der Kommission das Festhalten am Prinzip der nachhaltigen Entwicklung in den nun anstehenden Verhandlungen der Programmierungsperiode 2007-2013 mit den Mitgliedstaaten und in der späteren Projektsichtung.
16. **Die Kommission muß die Integration von Umweltbelangen insofern erleichtern, als daß sie Anleitung gibt, wie die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung auf Strukturfondsprogramme und -pläne angewendet werden soll.** Die Richtlinie zur strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung 2001/42/EC muß bis 21. Juli 2004 in den

Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Sie hat in den Mitgliedstaaten ab 2007 auch für Pläne und Programme der Regionalfonds volle Gültigkeit. Wenn diese Richtlinie systematisch und korrekt angewendet wird, stellt sie ein machtvoll Instrument dar, um das Risiko der Umweltschädigung durch Projekte einzudämmen. Schon in der aktuellen Programmierungsphase sollte daher technische Hilfe bereitgestellt werden, damit im öffentlichen und privaten Sektor Kapazität aufgebaut wird, um die Prüfung in der nächsten Programmierungsphase korrekt anzuwenden.

17. Die Erfahrungen der aktuellen Programme und Initiativen sollten umgesetzt werden. Die Reform der Strukturfondsverordnung stellt für die Gesetzgeber alle sieben Jahre eine wichtige Herausforderung dar. Wenn die Erfahrungen aus dieser aktuellen Programmierungsphase sinnvoll weitergegeben werden sollen, so muß eine deutliche Verbindung zwischen der neuen Gesetzgebung und den aktuellen Gemeinschaftsinitiativen sowie den innovativen Maßnahmen gemacht werden. Wenn zum Beispiel Leader verallgemeinert werden soll, dann sollten diese spezifischen Erfahrungen sowohl in die Struktur- und Kohäsionsfonds eingehen als auch in Maßnahmen zu ländlichen Entwicklung. Folgende Qualitäten von Leader müssen also in zukünftige Programme und Pläne eingehen:

- der Basisansatz (bottom-up)
- die Verwurzelung in der lokalen Ökonomie
- der Einbezug verschiedener Interessensgruppen
- der innovative Charakter der Projekte
- die Förderung von nachhaltiger Entwicklung
- die Möglichkeit kleinerer Zuschüsse, die für die Nutzer einfacher zu verwenden sind

Schritt 2: Einen Mehrwert für nachhaltige Entwicklung erzielen

18. Passivität darf keine Option sein. Die Kommission selbst macht in den Rahmenbedingungen für zukünftige Regionalpolitik den Vorschlag, weniger direkt in das Management der Fonds eingebunden zu sein. Sie wird weniger Anleitungs- und Kontrollfunktion ausüben. Dies bedeutet die Gefahr, daß die Mitgliedsstaaten Umweltinvestitionen eher als ein freiwilliges Extra, und nicht als eine Verpflichtung wahrnehmen. Doch die jüngsten Überflutungen in Frankreich, Deutschland und Polen zeigen, welche enormen Kosten entstehen, wenn der Schutz und das Management von natürlichen Ressourcen nicht in die Regionalpolitik Eingang finden. Daher müssen diese Umweltziele und soziale Ziele einen ausreichenden Anteil der Fonds erhalten. Die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten sollten den großen ökonomischen, sozialen und Umweltnutzen erkennen, der dann entsteht, wenn die Struktur- und Kohäsionsfonds zur Umsetzung europäischer Naturschutzmaßnahmen verwendet wird – hier zum Beispiel die Wasserrahmenrichtlinie (WRR). Die WRR basiert auf dem Konzept des integrierten Flussbassin-Managements. Das Risiko starker Überflutungen könnte gemindert werden, wenn bestimmte Aktivitäten in der Implementierung (Analyse des biologischen Status, Assessments, Management-Pläne und Personalbedarfe) durch die Fonds mit finanziert würden.

19. Natürliche Ressourcen schützen und stärken. Struktur- und Kohäsionsfonds müssen helfen, Biodiversität zu erhalten. Dies entspricht dem Ziel der EU SNE, bis 2010 den Abbau der Biodiversität aufzuhalten und den internationalen Zusagen, die in der Konvention zur biologischen Vielfalt gemacht wurden. Der

Schlüssel zum Erreichen dieser Ziele ist die Ko-Finanzierung des Natura 2000 Netzwerkes. Die neuen Verordnung für den europäischen Fond für regional Entwicklung (EFRE), für den europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfond müssen eine Verpflichtung für die Unterstützung von Natura 2000 enthalten (für die Implementierung von Managementplänen, Trainings- und Erziehungsmaßnahmen, Landkauf und andere notwendige Investitionen). Die Mitgliedsstaaten müssen zeigen, wie sie das Natura 2000 Netzwerk mit adäquaten Finanzmitteln, auch aus den Struktur- und Kohäsionsfonds, finanzieren. Die Kommission darf Plänen und Programmen nicht zustimmen und keine Mittel bereitstellen, wenn nicht gesichert ist, daß eine adäquate Zuteilung erfolgt ist.

20. **Der Lebensstil der Bevölkerung und die Art, zu wirtschaften, müssen sich ändern.** So sind zum Beispiel die aktuellen Formen von Konsum und Produktion stark verbunden mit dem wenig nachhaltigen Anstieg von Straßen- und Luftverkehr. Bisher hat der Transportanteil des Kohäsionsfonds ausschließlich den Ausbau von Straßen des Trans-Europäischen Verkehrsnetzes gefördert, was zum weiteren Verlust von wertvollen natürlichen Lebensräumen und zum Problem der Luftverschmutzung, der Erderwärmung etc. führte. Umwelt-NROs glauben, daß die Prioritäten der Transportinvestitionen des Kohäsionsfonds radikal geändert werden, und den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie folgen müssen. Die neue Verordnung zu den Kohäsionsfonds muß diejenigen Maßnahmen bevorzugen, die umweltschonende und nachhaltige Transportmittel innerhalb eines Nachfrage-Managements ermöglichen. Der Ausgangspunkt sollten die Bedürfnisse und das Potential innerhalb einer Region sein, nicht die Städteverbindungen. Maßnahmen beinhalten die Reparatur und Aufwertung existierender Infrastruktur (öffentlicher Nahverkehr, Schienen-, Straßen- und Wasserwege) und die Verbindungen zwischen unterschiedlichen Transportarten.
21. **Die Maximierung von neuen Möglichkeiten.** So stellt das Kyoto-Ziel der Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 8% der Werte von 1990 bis zum Jahre 2012 ein neues Feld für technische Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die Struktur- und Kohäsionsfonds müssen dazu genutzt werden, diejenigen Maßnahmen zu finanzieren, die unsere Aktivitäten stärker nachhaltig machen – so zum Beispiel die Investition in erneuerbare Energien (Bio-Treibstoff, Solarenergie, Windenergie) und in Energieeffizienz. Dafür ist es von essentieller Bedeutung, daß die relevanten Behörden, unterstützt von Kommission und Mitgliedsstaaten, die ökonomischen Möglichkeiten von Umweltschutz in den Vordergrund stellen, nicht nur seine Kosten.
22. **Hinwendung zur lokalen Umsetzung.** Die Mitgliedsstaaten sollten kapitalintensive end-of-the-pipe Lösungen vermeiden, und solche kleineren Projekte bevorzugen, die zu einer langfristigen Regeneration führen. Um diesen Prozeß zu unterstützen, sollte die 10 Mio. Euro Grenze für Projekte des Kohäsionsfonds nach unten korrigiert werden, um kleineren Projekten, wie Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, eine Finanzierung zu erlauben. Schon die Untergrenze von 5 Mio. Euro während des ISPA Programms in Kombination mit ihrer geringeren Aufnahmefähigkeit hat in den neuen Mitgliedsstaaten dazu geführt, die Förderung ökonomisch und ökologisch angepaßter Projekte zu erschweren. Wie schon erwähnt, gibt es einige solcher Erkenntnisse und Lehren aus den aktuellen Programmen und Gemeinschaftsinitiativen.

Schritt 3: Partnerschaft

23. **Kontrollsysteme müssen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse sichern.** Ministerien und Regierungsagenturen, die die Pläne und Programme der Struktur- und Kohäsionsfonds erarbeiten, sind oftmals auch mit ihrer Umsetzung beauftragt. Es ist dennoch notwendig, daß Vertreter aller Ministerien, der Umweltbehörden und vor allem der Öffentlichkeit in den Programmierungs- und Durchführungsprozeß mit einbezogen werden, um Interessenskonflikte zu vermeiden, die die Umwelt schädigen. Dieser Ansatz ermöglicht außerdem die effiziente Verwendung der Gelder und reduziert das Risiko von Mißbrauch.
24. **Umweltbehörden müssen eine Schlüsselrolle spielen, und dafür Sorge tragen, daß die Strukturfonds-Programme den Prinzipien von nachhaltiger Entwicklung folgen.** Die neue Verordnung sollte die Rolle dieser Behörden in der Vorbereitung, Verhandlung und Durchführung aller Strukturfondsprogramme klar darlegen, um einen durchgehend hohen Standard von Umweltschutz durch alle Programme und in allen Mitgliedsstaaten zu sichern. Wir empfehlen auch:
- Einen **Nachhaltigkeits-Manager** zu ernennen, der als Kontaktperson mit der Durchführungsbehörde und in den Begleitausschüssen die Integration von Umweltbelangen in der Programmierung und Umsetzung überwacht.
 - Entsendung von **Vertretern verschiedener Ministerien** in die Durchführungsbehörde, um die Interessen verschiedener Sektoren zu repräsentieren und die Kommunikation zu erleichtern.
25. **Die Zivilgesellschaft einbinden.** Die Europäische Union sollte eine weitreichende und wirkungsvolle Partnerschaft von ökonomischen, sozialen und anderen relevanten Interessensvertretern in der Strukturfonds-Programmierung auf regionaler und nationaler Ebene durchsetzen. Hierbei sind auch Nicht-Regierungs-Organisationen gemeint, die für den Umweltschutz arbeiten. Dieses Vorgehen ist zudem eine wichtige Stärkung von Zivilgesellschaft in den alten und neuen Mitgliedsstaaten. Wirkungsvolle Partnerschaften bedeuten, daß die Partner frühzeitig in die Vorbereitung, das Finanzmanagement, die Steuerung und die Evaluierung der Programme mit einbezogen werden. Effektive NRO-Teilnahme kann nur gewährleistet werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a. **Zugang zu Informationen**, vor allem in den Planungsprozessen und der Durchführung, Zugang zu den Zeitplänen und die frühzeitige Information über Beratungs- und Abstimmungstermine. Alle Programmierungsdokumente sollten öffentlich zugänglich sein, und mindestens eine Monat vor dem Abstimmungstermin veröffentlicht werden. Auch für alle Beteiligten der Lenkungs- und Begleitausschüssen muß frühzeitiger, korrekter und transparenter Informationszugang bestehen.
 - b. Rückmeldung über den Beratungsprozeß. All diejenigen Interessensgruppen, deren Kommentare in der Beratung nicht verfolgt wurden, sollten nicht später als drei Monate nach dem Abstimmungstermin eine Erklärung erhalten. Und diejenigen, deren Kommentare in die Abstimmung eingegangen sind, erhalten eine Erläuterung, wie diese Anregungen in das Dokument eingeflossen sind.
 - c. **Eine gleichwertige Teilnahme von Umweltorganisationen neben ökonomischen und sozialen Partnern** in der Vorbereitung, dem Finanzmanagement, der Steuerung und der Evaluierung von Strukturfondsmaßnahmen. Momentan variiert die Qualität der Teilnahme von

NROs stark von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat. Die neuen Regelungen zu Struktur- und Kohäsionsfonds müssen Vertreter aus den Umweltverbänden identifizieren, die dann nationale, regionale oder lokale Partnerschaften bilden. Erfahrungen haben gezeigt, daß die Investition in Partizipation gleich zu Beginn des Programmierungszyklus sich später in stärkerer Akzeptanz und Unterstützung durch die Partner auszahlt.

- d. **Die Kapazität der NROs stärken und ihre direkten Kosten erstatten.**
Wenn Mitgliedsstaaten von technischer Hilfe profitieren, sollten sie dazu verpflichtet werden, nationale oder regionale NRO-Netzwerke, die an Strukturfonds-Partnerschaften beteiligt sind, zu unterstützen. Aktivitäten, die unterstützt werden sollten beinhalten die Teilnahme an Programmierung, Finanzmanagement, Steuerung und Evaluierung von Strukturfondsmaßnahmen und die Informationsweitergabe an die Bevölkerung. Alle hierbei für die NRO Vertreter anfallenden direkten Kosten (Reisekosten, Übernachtung) sollten durch Mittel der technischen Hilfe oder durch andere Budgetlinien der Programme abgedeckt werden.

- e. **NROs sind an der Projektdurchführung beteiligt.** Die Durchführungsbehörden sollten darauf drängen, einen NRO-Partner in die Projektpartnerschaften aufzunehmen. Es sollten auch Anleitungen für sich selbst gründende Partnerschaften erhältlich sein, wie die Projektauswahl zu erfolgen hat.

Schritt 4: Evaluierung

- 26. **Die Kommission sollte Indikatoren standardisieren, um den Beitrag von Regionalfonds-Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung zu evaluieren.**
Entgegen den Zusagen des 6UAP gibt es noch immer kein Standardinstrument zur Evaluierung des Beitrages der Regionalfonds zur nachhaltigen Entwicklung. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, sollte die Kommission die **Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren** der Mitgliedsstaaten in ihren ex-ante, mid-term und ex-post Evaluierungen überprüfen und Anleitung zu den am meisten verbreiteten und akzeptierten Indikatoren entwickeln. Diese Indikatoren sollten Programmeergebnisse (den wirklichen Effekt von Projekten auf die Umwelt) und Prozeduren (Informationszugang, öffentliche Beratung, Qualität der Partnerschaften) erfassen. Diese Überprüfung durch die Kommission sollte in einem konsultativen Prozeß erfolgen, der den Standpunkt aller betroffenen Interessensvertreter - auch der Umweltverbände - berücksichtigt.

- 27. **Die Kommission muß sicherstellen, daß ökonomische, soziale und umweltbezogene Ziele und Indikatoren den gleichen Stellenwert erhalten.**
Die Verordnung zu Struktur- und Kohäsionsfonds sollte die Durchführungsbehörden dazu anhalten, realistische Ziele für die Umwelt auf Programmierungs- und Projektebene festzulegen. Diese Ziele und die Auswahl der Indikatoren sollten in den Verhandlungen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten genau geprüft werden. Die Durchführungsbehörden müssen über das Erreichen der Ziele Auskunft geben und sich hierbei auf die verwendeten Indikatoren beziehen.

- 28. **Die Durchführungsbehörden sind dazu verpflichtet, Projektergebnisse zu evaluieren.** Indikatoren und Ziele im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit sind genauso wichtig wie finanzielle Ziele und Indikatoren. In einem Projekt der Strukturfonds können jederzeit Prüfer eingeschaltet werden, die das

Finanzmanagement überprüfen - doch gibt es noch keinen Mechanismus zur Überprüfung des Erreichens anderer Ziele (Umweltziele und Nachhaltigkeitsziele). Die Evaluierung von Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen, die zum Erreichen der Vorgaben der Nachhaltigkeitsstrategie führen, muß in den Verordnung zur neuen Programmierungsperiode vorgeschrieben sein.

- a. **Eine durchgängige Überprüfung eines Projektes in der Durchführungsphase nach den geplanten und ungewollten Einwirkungen auf Umwelt und Nachhaltigkeit.** Mechanismen müssen vorhanden sein, die jede schädigende Maßnahme stoppen und den Schaden, wenn möglich, beheben können.
 - b. Projektmonitoring sollte als positives Instrument betrachtet werden. Hiermit werden positive Auswirkungen auf Umwelt identifiziert und das Monitoring hilft dabei, zukünftige Projekte zum Erreichen von nachhaltiger Entwicklung auszuwählen. Diese Erkenntnisse können in den Auswahlprozeß für Projekte einfließen und in **eine EU-weite Projektdatenbank**.
29. **Belohnung der guten Umweltleistung.** In Zukunft sollte die Kommission die Leistungsreserve (von aktuell 4% der Verpflichtungen von Strukturfonds an die Mitgliedsstaaten) auch dazu verwenden, die Fortschritte der Mitgliedsstaaten in Bereich der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zu belohnen.
30. **Die Kommission muß Struktur- und Kohäsionsfonds zurückhalten, wenn die Projekte wahrscheinlich die Umwelt schädigen.** Die neue Verordnung muss damit fortfahren, bestehende Umweltgesetze zu respektieren (Vogelschutz- und Habitatrichtlinie, Wasserrahmenrichtlinie, Direktiven zur strategischen und allgemeinen Umweltverträglichkeitsprüfung usw.). Ebenso muß Schaden, Zerstörung, Verschlechterung oder Verlust der natürlichen Umwelt vermieden werden. Dies beinhaltet die potentielle Schädigung von endemischen oder bedrohten Arten und ihrer Lebensräume. Im Fall, daß starke Zweifel an einem Projekt geäußert werden, hat die Kommission die Verpflichtung, die Fonds so lange zurückzuhalten, bis die Zweifel nachvollziehbar und endgültig beseitigt sind. Auch im Fall von Schädigung sollten die Fonds zurückgehalten werden. Alle Projekte können erst dann genehmigt werden, wenn es klar auszuweisen ist, daß sie die Umweltgesetzgebung nicht mißachten.
31. **Die Kommission muß auf Beschwerden im Umweltbereich schnell reagieren.** In vielen Fällen unterstützen nationale oder regionale Behörden auch solche Projekte, die potentiell schädlich sind. In solchen Fällen müssen Umwelt-NROs realistischere ihre Beschwerden direkt an europäische Institutionen richten, besonders an die Kommission. Doch die Kapazitäten der Generaldirektion Umwelt sind schon lange nicht mehr adäquat auf eine Reaktion auf diese Beschwerden eingerichtet und nun durch die Erweiterung der EU auf 25 Mitgliedsstaaten weiter geschwächt. Die Kommission muß einen Weg finden, diese Lücke schließen und einen solchen Mechanismus für Beschwerden im Umweltbereich zu entwickeln, der einen vollständigen Schutz der natürlichen Umwelt sicherstellt.

Diese Stellungnahme wurde formuliert von BirdLife International, CEE Bankwatch Network, CEEWEB, Friends of the Earth Europe, Milieukontakt Oost-Europa und dem WWF.

Das Papier ist bis heute von folgenden Organisationen unterzeichnet worden:

European Environmental Bureau – der Europäische Dachverband von 140 Umweltorganisationen

WWF (World Wide Fund for Nature) arbeitet aktiv in mehreren europäischen Ländern inklusive Spanien, Italien, Griechenland, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland, UK, Deutschland, Österreich, Schweiz, Polen, Lettland, Ungarn, und unterhält ein Büro für das Donau/Karpathen-Programm in Wien und ein Büro für Europäische Politik in Brüssel.

Gesellschaft für Vogelkunde, BirdLife Österreich

Natuurpunt, BirdLife Belgien

BIOSELENA, Foundation for Organic Agriculture, Bulgarien
Centre for Environmental Information and Education, Bulgarien
Environmental Association For Earth, Bulgarien

BirdLife Zypern

Centre for Community Organising, Tschechische Republik
Czech Society for Ornithology, Tschechische Republik
Hnutí DUHA, Tschechische Republik
Green Circle, Tschechische Republik

Estonian Fund for Nature, Estland
Estonian Green Movement, Estland
Estonian SeminatURAL Community Conservation Association, Estland
Estonian Society for Nature Conservation, Estland

Ligue pour la Protection des Oiseaux, BirdLife Frankreich

Hellenic Ornithological Society, Griechenland

Clean Air Action Group, Ungarn
Hungarian Association of Environmental Educators, Ungarn
National Society of Conservationists, Ungarn
Youth Nature Protectors of Hajdúböszörmény, Ungarn

LIPU, BirdLife Italien

Green Liberty, Lettland

Norges Naturvernforbund, Norwegen

European Center of Sustainable Development, Polen
Green Federation Gaja, Polen
Institute for Sustainable Development, Polen
Polish Green Network, Polen
Polish Greens, Polen

Eco Counselling Center Galati, Rumänien
Ecosens, Rumänien
Earthvoice Rumänien
EURO-CONSENS, Rumänien

Focus Eco Center, Rumänien
Mare Nostrum, Rumänien
Prietenii Pamantului, Earth Friends, Rumänien
TERRA Mileniul III, Rumänien
AQUATERRA, The Ecological Society for the Study and Conservation of the Wild Flora and Fauna, Rumänien
The Romanian Ornithological Society, Rumänien

Amber Trail Association, Slovakiai
A-projekt, Slovakiai
Architekture for Sustainable Development, Slovakiai
Center of Environmental Activities, Slovakiai
Center for Environmental Public Advocacy, Slovakiai
Center of Environmental and Ethical Education ZIVICA, Slovakiai
City Council of the Slovak Union of Nature and Landscape Conservationists, Slovakiai
Civic Association Brectan, Slovakiai
Civic Association For Worthy Radvan, Slovakiai
Civic Association Elias, Slovakiai
Civic Association Hornonitrie, Slovakiai
Civic Association Hrochot, Slovakiai
Civic Association KRTKo, Slovakiai
Civic Association Living Planet, Slovakiai
Civic association Save the Letanovce Mill, Slovakiai
Civic Association SOSNA, Slovakiai
Civic Association TATRY, Slovakiai
Community Center, Slovakiai
DAPHNE, Institute of Applied Ecology, Slovakiai
Dubnica Environmental Group, Slovakiai
Ekoagroforum Platform, Slovakiai
Ekopolis Foundation / EPC Slovakiai
For Mother Earth, Slovakiai
Friends of the Earth Slovakiai
Gremium of the Third Sector, Slovakiai
Ipoly Union, Slovakiai
National Trust of Slovakiai
Regional Environmental Center Slovakiai
People Against Racism, Slovakiai
Slatinka Association, Slovakiai
Society for the Protection of Birds in der Slovakiai
Society of Friends of the Earth, Slovakiai
Vydra, Slovakiai

DOPPS BirdLife, Slovenien

SEO BirdLife, Spanien

Groundwork UK, England
The Royal Society for the Protection of Birds, England

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft angefertigt.
Die hier vorgestellten Standpunkte sind die Meinung der Koalition und spiegeln in
keiner Weise die offizielle Position der Europäischen Kommission wieder.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

BirdLife International <http://www.birdlife.net>, Kontaktperson Rachel Lee Rachel.Lee@rspb.org.uk;

CEE Bankwatch Network <http://www.bankwatch.org>, Kontaktperson Magda Stoczkiewicz
magdas@foeeurope.org;

CEEWEB <http://www.ceeweb.org>, Kontaktperson András Krolopp krolopp@ceeweb.org;

Friends of the Earth Europe <http://www.foeeurope.org>, Kontaktperson Martin Rocholl
martin.rocholl@foeeurope.org;

Milieukontakt Oost-Europa <http://www.milieukontakt.nl>, Kontaktperson Paul Kosteink
p.kosterink@milieukontakt.nl and

WWF <http://www.panda.org>, Kontaktperson Stefanie Lang Cohesion@wwfepo.org.